Protokoll

über die am Dienstag, dem 13.12.2022 um 19:00 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal
stattgefundenen Sitzung des Gemeinderates

Tagesordnung: siehe Beilage

Anwesend:

Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	ÖVP
2. Vizebgm. Heinz Scheele	SPÖ
STR Gerhard Dummer	ÖVP
STR Ing. Mag. Hödl Herwig	ÖVP
STR Mag. Koll Felix	ÖVP
STR Dr. Moser Christian	ÖVP
STR Osmanovic Admir	SPÖ
STR Markus Rosenberger	SPÖ
STR DI Pfeiler Dietmar	GRÜNE
STR Pohl Herbert	FPÖ
GR Franta Martin BEd	ÖVP
GR Gaida Siegfried	ÖVP
GR Handschuh Monika	ÖVP
GR Hetzendorfer Gregor	ÖVP
GR Ibraimi Setki	ÖVP
GR Ludl Iris	ÖVP
GR Samer Peter	ÖVP
GR Trabauer-Rauchbüchl Manuela	ÖVP
GR Weiss Margit	ÖVP
GR Zagler Matthias	ÖVP
GR Erkol Yasar	SPÖ
GR Pollak Daniel	SPÖ
GR Polly Michael	SPÖ
GR Mag. Rester Alexandra	SPÖ
GR Rester Christian	SPÖ
GR Ruzicka Jürgen	SPÖ
GR Strahammer Jürgen	SPÖ
GR Mag. Kamath-Petters Radha	GRÜNE
GR OStR Mag. Klinger Walter	GRÜNE
GR Mag. Kubat Matthias	GRÜNE ab 19:29 Uhr bei Tagesordnungspunkt 5
GR DI Muth Thomas	GRÜNE
GR Mayer Wolfgang	FPÖ

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: StADir. Mag. Christina Pinggera

Entschuldigt:

GR Dkkfm. Bartosch Johannes	ÖVP
GR Kopf Eleonore	ÖVP
GR Kurzmann Manuel	SPÖ
GR Ćorković Alen	FPÖ

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm. Mag. (FH) Vökl eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und stellt nach Begrüßung der Anwesenden die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Genehmigung der letzten Sitzungsprotokolle

Die Vorsitzende stellt fest, dass gegen die Protokolle vom 28.09.2022 und 09.11.2022 keine Einwendungen eingebracht wurden und die Protokolle daher als genehmigt gelten.

1. Bericht des Prüfungsausschusses

Der Gemeinderat nimmt dem Bericht des Prüfungsausschusses vom 02.12.2022 einstimmig zur Kenntnis.

Zu Wort meldeten sich: GR Pollak, STR DI Pfeiler

2. BSU

Der Gemeinderat nimmt den Bericht der Bürgermeisterin zum Thema „BSU – Brandtner Saubermacher Umweltservice“

Zu Wort meldeten sich: STR DI Pfeiler, STR Dummer, Vizebgm. Mag. Falb

3. Verleihung Ehrenring – Bgm. a.D. Helmut Laab

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Verleihung des Ehrenringes an Bgm. a.D. Helmut Laab.

4. Verleihung Ehrenring – Vizebgm. a.D. Susanne Hermanek

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Verleihung des Ehrenringes an Vizebgm. a.D. Susanne Hermanek.

5. Verleihung Hilfsdienstmedaillen – Kameraden FF Stockerau

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Verleihung von Hilfsdienstmedaillen an die Kameraden der FF Stockerau

Hilfedienstmedaille in Bronze

Sachbearbeiter	Bauer Safira
Sachbearbeiter	Brunner Roland
Feuerwehrmann	Dworak Daniel
Oberfeuerwehrmann	Niefergall Thomas

Hilfedienstmedaille in Silber

Bezirkssachbearbeiter	Heincz Rainer
-----------------------	---------------

Hilfedienstmedaille in Gold

Brandmeister	Kurzmann Manuel
--------------	-----------------

Die Verleihung soll anlässlich des Kameradschaftsabends/Neujahrsempfang am 20. Jänner 2023 im Z2000 stattfinden.

NÖ Feuerwehrrordnung 01/2022 - § 77 Geschlechtsspezifische Bezeichnungen
Soweit in dieser NÖ Feuerwehrrordnung personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen in gleicher Weise.

6. Voranschlag 2023 mit MFP 2023 – 2027

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) und zwei Stimmenthaltungen (FPÖ) den Voranschlag 2023 (Abs. 2), den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2024 – 2027 (Abs. 3), den Nachweis der Investitionstätigkeit und deren Finanzierung (Investitionsnachweis) (Abs. 3 lit. a), den Wirtschaftsplan der Bestattung Stockerau e. U. (Abs. 3 lit. b), den Gesamtbetrag der Darlehen, welche zur Deckung der Erfordernisse der Investitionstätigkeit aufzunehmen sind (Abs. 3 lit. c) wird mit € 13.693.200 festgelegt den Nachweis der Änderung der Nutzungsdauer abweichend von § 19 Abs. 10 VRV 2015 (Abs. 3 lit. d).

Zu Wort meldeten sich: STR Dummer, Vizebgm. Scheele, GR Mag. Kubat, STR Pohl, STR DI Pfeiler, Vizebgm. Mag. Falb, STR Osmanovic

7. Anpassung – Haftungsübernahme KIG

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Übernahme der Bürgschaft für die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau für ein Darlehen zur thermischen Sanierung der Wohnhausanlage Schaumanngasse 18 in Höhe von € 7.000.000 zuzüglich Zinsen und Gebühren bis maximal € 700.000 bis zum 31.01.2044.

Mit Schreiben vom 17.10.2022 hat die Gemeindeaufsicht des Landes NÖ mitgeteilt, dass für die Übernahme der Haftung keine Genehmigung der Gemeindeaufsicht erforderlich ist, die Bürgschaftserklärung gegenüber dem Darlehensgeber in Ihrer Textierung nicht dem § 78 Abs. 1 der NÖ GO 1973 entspricht, weil sie ziffernmäßig nicht bestimmt und nicht befristet ist. Die Festlegungen im Darlehensvertrag werden als ungenügend angesehen.

Die Darlehensgeberin hat daher in Abstimmung mit dem Land NÖ den Bürgschaftstext angepasst, ohne dass es zu einer Verschlechterung gegenüber dem Beschluss vom 28.09.2022 kommt.

8. Verlängerung – Haftung Stockerauer Saubermacher GmbH

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) die anteilige Haftungsübernahme für die Stockerauer Saubermacher GmbH bis 29.02.2024 und bis zu einem Betrag von € 40.000,-
Diese Anhebung resultiert aus der mit Gemeinderatsbeschluss vom 09.11.2022 beschlossenen Erhöhung des Beteiligungsverhältnisses von 49 % auf 50 %.

Zu Wort meldeten sich: GR Mag. Kubat, Vizebgm. Mag. Falb

9. Änderung – Kanalabgabenordnung

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) die Änderungen der Kanalabgabenordnung.

Die letzte Erhöhung trat mit 01.01.2020 in Kraft. Trotz Steigerung des VPI um 15 % innerhalb von zwei Jahren, soll eine moderate Preisanpassung im Ausmaß von 4 % mit Wirkung zum 01.01.2023 durchgeführt werden. Daraus ergeben sich im Durchschnitt Mehrkosten von € 1,70 bis € 2,- im Monat pro Haushalt. Die Erhöhung trägt wesentlich zur Finanzierung der anstehenden Investitionen und der Sicherung des Betriebes aller Anlagen bei. Auf Basis der Berechnungsgrundlagen und unter Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen des NÖ Kanalgesetzes werden folgende neue Einheitssätze vorgeschlagen:

Kanaleinmündungs- und Kanalgänzungsabgabe

Mischwasser	bisheriger Einheitssatz	€ 24,00	ab 2023: € 24,46 (+ 1,9 %)
Schmutzwasser	bisheriger Einheitssatz	€ 16,50	ab 2023: € 17,16 (+ 4 %)
Regenwasser	bisheriger Einheitssatz	€ 11,00	ab 2023: € 11,44 (+ 4 %)

Der maximal zulässige Einheitssatz beträgt für den
Mischwasserkanal € 24,46 / Schmutzwasserkanal € 23,12 / Regenwasserkanal € 15,44

Kanalbenutzungsgebühr

Schmutzwasser	bisheriger Einheitssatz mit € 2,27	ab 2023: € 2,36 (+ 4 %)
Mischwasser	bisheriger Einheitssatz mit € 2,50	ab 2023: € 2,60 (+ 4 %)

Werden in einer Liegenschaft Schmutz- und Niederschlagswässer in das Kanalsystem eingeleitet so gelangt ein um 10 % erhöhter Einheitssatz zur Anwendung.

Die Kanalabgabenverordnung soll mit Monatsersten nach Ende der 2-wöchigen Kundmachungfrist in Kraft treten (01.01.2023).

Zu Wort meldete sich: GR Mag. Kubat

10. Abschluss Elektrogeräteversicherung

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Abschluss einer Elektrogeräteversicherung ab Februar 2023 für die zu installierenden Smartboards in den beiden Volksschulen bei der Allianz Versicherung mit einer Jahresbruttoprämie von € 2.200,-

Zu Wort meldete sich: STR Rosenberger

11. Betreibervertrag Frauenhaus

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Abschluss des Betreibervertrages zwischen der Stadtgemeinde und dem Verein „Frauen für Frauen“ betreffend Frauenwohnhaus in der Czedikstraße 23.

Das Frauenwohnhaus ist nun fertiggestellt und verfügt über 5 Wohneinheiten für 5 Frauen mit bis zu 11 Kindern sowie eine Beratungsstelle. Die Stadtgemeinde hat 170.000 € für die Umgestaltung und Möblierung sowie 40.000 € für Eigenleistungen des Wirtschaftshofes investiert. Der Verein hat die Kosten für die Ausstattung der Beratungsstelle getragen.

Die laufenden Betriebskosten werden sich auf rund 35.000 € pro Jahr belaufen. Die Personalkosten für die Betreuung übernimmt der Verein. Im Betreibervertrag ist darüber hinaus ein Betriebskostenbeitrag von 700 € p.m. vorgesehen.

Zu Wort meldete sich: GR Mag. Kamath-Petters

12. Änderung – Verordnung Kurzparkzone

Der Gemeinderat beschließt mit zwei Gegenstimmen (FPÖ) die Wertanpassung der Kurzparkzonengebühr und der Gebühr für das Parkdeck von 60 Cent auf 70 Cent pro halbe Stunde ab 01.01.2023, die Erhöhung der Gebühr für Bewohner*innenparkkarten von 114 € p.a. auf 180 € p.a. bei sonst unveränderten Bedingungen und die Einführung einer Sonderregelung für Handwerksbetriebe mit Kosten von 300 € p.a.

Die Kurzparkzonengebühr wurde zuletzt am 01.07.2012. Die Kosten für die Parkraumbewirtschaftung sind seither laufend gestiegen. Die Erhöhung der Parkgebühr für das Parkdeck entspricht einer Wertanpassung von 1,67 % pro Jahr für die 10 Jahre seit der letzten Anpassung.

Derzeit gibt es rund 700 Bewohner*innenparkkarten. Die Gebührenanpassung soll u.a. die Attraktivität von Garagenplätzen in Wohnhausanlagen, die zwischen 50 und 70 € p.m. kosten, und die Verfügbarkeit von Kurzparkplätzen erhöht werden.

Zu Wort meldete sich: STR DI Pfeiler, GR Ruzicka, STR Pohl

13. Zinssatzanpassung – Darlehen Oberbank

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Verzinsung ab 01.01.2023 auf Basis 6-mon-Euribor zuzüglich des jeweiligen Aufschlages bei den im Amtsbericht angeführten Darlehen.

Darl. Nr. Gde	Darl. Nr. Oberbank		aushaft. Kapital per. 16.11.2022	Verzinsung	Aufschlag
			€		
1201403	4081036347	schul. NM-Betr.	426 662,00	6 mon-Euribor	+ 0,78
2201507	40810138418	Friedhof	108 000,00	6 mon-Euribor	+ 1,29
1201502	4081038426	Raumordnung	90 000,00	6 mon-Euribor	+ 1,29
1201601	4081040232	Straßenbau	400 000,00	6 mon-Euribor	+ 1,08
2201605	4081041966	Parkdeck	251 130,00	6 mon-Euribor	+ 1,48
2201610	4081042766	WVA,	208 000,00	6 mon-Euribor	+ 1,58
2201603	4081042766	ABA BA 20	139 200,00	6 mon-Euribor	+ 1,58
2201609	4081042766	ABA BA 21	204 800,00	6 mon-Euribor	+ 1,58
			1 827 792,00		

14. Beauftragung – Fahrzeugausrüstung KFZ Straßenbau

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Würth HandelsgmbH mit der Fahrzeuginrichtung für das Straßenbau Kfz in Höhe von € 7.790,10 netto.

Die abgenutzte Einrichtung entspricht nicht mehr den Vorschriften. Die angebotenen Leistungen umfassen die Neuausstattung inkl. Bodenplatte und ein jederzeit ergänzbares Baukastensystem. Der Umbau erfolgt vor Ort am Bauhof, sodass das Fahrzeug nicht zu der ausführenden Firma gebracht werden muss.

Seitens des Bauamtes wurden 2 Angebote (Firnkrantz GmbH und Würth Handelsges.m.b.H) eingeholt. Das Angebot der Würth Handelsges.m.b.H ist preislich gegenüber der Firnkrantz GmbH teurer, hat jedoch den Vorteil der robusteren Ausführung und kann jederzeit modular erweitert werden. Somit wird die Vergabe an die Würth Handelsges.m.b.H zu einem Angebotspreis von netto 7.790,10 € gemäß Angebot vom 01.12.2022 empfohlen.

Um eine Preissteigerung von ca. 720 € netto zu vermeiden, soll die Bestellung noch in diesem Jahr erfolgen. Eine budgetäre Bedeckung der notwendigen Maßnahme ist im Voranschlag 2023 gegeben.

Zu Wort meldeten sich: STR DI Pfeiler, Bgm. Mag. (FH) Völkl

15. Vereinbarung gemäß § 17 Absatz 3 und 4 NÖ Raumordnungsgesetz 2014

Der Gemeinderat beschließt mit einer Gegenstimme (GR DI Muth) und vier Stimmenthaltungen (GRÜNE) die vorgesehene Änderung des Bebauungsplanes in Entsprechung des § 17 Abs. 4 letzter Satz NÖ Raumordnungsgesetz 2014.

Die Stadtgemeinde beabsichtigt ein raumordnungsrechtliches Verfahren GZ 10.210-01/22 RaumRegionMensch ZT GmbH betreffend der Änderung der Bebauungsbestimmungen für die Grundstücke Nr. 4427, 4428 und 4429 (4429/2 nach Durchführung der Vermessungsurkunde der ARGE Vermessung Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen DI Stefan Wailzer, GZ 40700) alle KG 11142 Stockerau durchzuführen.

Diese Verbesserung der Rahmenbedingungen erfolgt durch die Festlegung von vorderen, seitlichen und hinteren Baufluchtlinien, um die Anordnung zukünftiger Hauptgebäude auf den drei Grundstücken besser zu koordinieren. Zusätzlich erfolgt eine Anhebung der max. zulässigen Gebäudehöhen indem in Teilbereiche die max. zulässigen Gebäudehöhen neu festgelegt werden.

Die Neufestlegung der Baufluchtlinien erzwingt eine Verlegung der Grundgrenzen und hat gemäß dem Entwurf der Vermessungsurkunde der ARGE Vermessung Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen DI Stefan Wailzer GZ 40807 zu erfolgen. Die Grundgrenzverlegung ermöglicht die effizientere Nutzung des Betriebsbaulandes.

16. Änderung – Bebauungsplan

Der Gemeinderat beschließt mit sechs Gegenstimmen (GRÜNE, GR Mayer) folgende Verordnung:

§ 1 Auf Grund des § 34 des NÖ Raumordnungsgesetz 2014, LGBl. 03/2015 i.d.g.F., wird der Bebauungsplan dahingehend abgeändert, dass für die auf den hierzu gehörigen Plandarstellungen rot umrandeten Grundflächen in der Stadtgemeinde Stockerau (GZ. 10.210-01/22, vom Dezember 2022) die auf der Plandarstellung durch rote Signaturen dargestellten Einzelheiten der Bebauung festgelegt werden

§ 2 Die Plandarstellung ist mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen und liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3 Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Um eine effiziente Nutzung des nördlich der Firma Schachinger liegenden Teils des Betriebsbaulandes zu ermöglichen ist eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig. Die Aufschließungszone ist mit Beschluss des Gemeinderates vom 28.06.2022 aufgehoben worden. Die Verordnungsprüfung ist seitens Land NÖ erfolgt.

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde gem. §33 NÖ ROG 2014 6 Wochen in der Zeit vom 22. September 2022 bis 04. November 2022 öffentlich kundgemacht und ist während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht im Stadtbauamt aufgelegt. Die von den Änderungen betroffenen Grundeigentümer wurden schriftlich informiert. Innerhalb der Auflegungsfrist wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Bezüglich der Begründungen der beabsichtigten Abänderungspunkte wurde vom Ortsplaner DI Michael Fleischmann der beigelegte Bericht vom September 2022 vorgelegt.

Nachstehender Änderungspunkt soll veranlasst werden:

- Änderung der Bebauungsbestimmungen im Betriebsbauland (Grdstk.Nr. 4427 bis 4429, KG Stockerau)

Die Änderungen sind im Erläuterungsbericht des DI Michael Fleischmann vom Dezember 2022 dokumentiert und in den Planunterlagen zur Beschlussfassung dargestellt.

Gegenüber der Auflage wurde die Gebäudehöhe von 30m auf 25 m reduziert, da gemäß Stellungnahme der Rechtsabteilung des Landes NÖ die Verordnung einer Gebäudehöhe von 30 m nur in einer im Flächenwidmungsplan verordneten Hochhauszone möglich ist. Diese ist derzeit im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan nicht verordnet.

Die dem Bebauungsplan zugrundeliegende Verlegung der Grundgrenzen basiert auf einer Vereinbarung gemäß Raumordnungsgesetz §17 Absatz 3 und 4.

Zu Wort meldeten sich: STR DI Pfeiler

17. Änderung – örtliches Raumordnungsprogramm (Flächenwidmungsplan)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig folgende

VERORDNUNG

§ 1 Auf Grund des § 25 Abs. 1 NÖ Raumordnungsgesetz 2014 LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm für die Stadtgemeinde Stockerau als beschleunigtes Verfahren nach § 25a Abs. 2 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 LGBL. 3/2015 i.d.g.F. abgeändert.

§ 2 Die Plandarstellung des Flächenwidmungsplanes (GZ 10.200-01/22 vom Dezember 2022) verfasst von RaumRegionMensch ZT GmbH. ist gemäß § 12 Abs. 3 der NÖ Planzeichenverordnung LGBL. 8000/2-0 i.d.g.F. als Schwarz/Rot Darstellung ausgeführt, mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen und liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3 Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Stadtgemeinde hat mit Kundmachung vom 19.10.2022, welche in der Zeit vom 19. Oktober 2022 bis 01. Dezember 2022 an der Amtstafel angeschlagen war, die beabsichtigte Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes kundgemacht.

Über die beabsichtigte Änderung wurden die angrenzenden Gemeinden, die NÖ Wirtschaftskammer, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ, die NÖ Landes-Landwirtschaftskammer sowie die Interessensvertretungen für die Gemeinden im Sinn des §119 der NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBL. 1000 schriftlich verständigt.

Die von der Änderung betroffenen Grundeigentümer sowie deren Anrainer wurden darüber schriftlich informiert. Im Auflagenexemplar sind die Änderungsanlässe mit den Begründungen vom Ortsplaner DI Michael Fleischmann dokumentiert.

Für die Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wird das beschleunigte Verfahren gemäß §25a Abs. 2 Nö ROG 2014 angewandt. Am 08.11.2022 wurde die Bestätigung der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Landes NÖ zur Durchführung des beschleunigten Verfahrens übermittelt.

Beabsichtigter Änderungspunkt:

- Korrektur der Widmungsabgrenzung von Grünland-Sportstätte (Gspo)

Innerhalb der Auflagenfrist wurden 2 schriftliche Stellungnahme fristgerecht eingebracht. Diese Stellungnahmen sowie die fachliche Empfehlung des Ortsplaners werden nachfolgend dargelegt:

Stellungnahme 1:

Die stellungnehmende Stelle der ASFINAG merkt an, dass durch die heranrückende Bebauung an das höherrangige Straßennetz vermehrt Nutzungskonflikte entstehen. Es wird ersucht, um die Erweiterungen und Wartung der A 22 Donauuferautobahn sicherzustellen, eine Baufluchtlinie von mindestens 15 Metern zur Bezugslinie gemäß § 21 BStG festzulegen.

Allgemein wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 21 Bundesstraßengesetz i.d.g.F. bei Neu-, Zu- und Umbauten sowie Einfriedungen und überhaupt Anlagen jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 Meter beiderseits der Bundesautobahnen weder errichtet noch geändert werden dürfen. Auf Bundesschnellstraßen, Rampen von Anschlussstellen sowie Zu- und Abfahrtsstraßen der Bundesautobahnen und Bundesschnellstraßen gilt dies für eine Entfernung von 25 Metern.

Sollte es infolge der Ersichtlichmachung bzw. Umwidmung des/der gegenständlichen Grundstücke/s zu Arbeiten im Bauverbotsbereich kommen (siehe oben, 40 bzw. 25 Meter Bereich – sowohl ober- als auch unterirdisch), so hat der Projektwerber eine Ausnahmegenehmigung (gemäß § 21 BStG) bei der ASFINAG als der zuständigen Bundesstraßenverwaltung zu erwirken.

Behandlung der Stellungnahme:

Die gegenständlichen Grundstücke werden innerhalb der Grünlandwidmung-Kategorien abgeändert, von Grünland-Land- und Forstwirtschaft zu Grünland-Sportstätte, um die tatsächlich bestehende Nutzung darzustellen. Jegliche bauliche Tätigkeit im genannten Nahbereich ist mit der ASFINAG als zuständige Bundesstraßenverwaltung abzustimmen, um eine Beeinträchtigung der Autobahn hintanzuhalten.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Stellungnahme 2:

Diese Stellungnahme bezieht sich nicht auf den Änderungspunkt des gegenständlichen Verfahrens, sondern auf Grundstück 321 (KG Stockerau), wo keine Abänderung vorgesehen ist. Die Stellungnahme ist somit nicht verfahrensrelevant, sondern betrifft ein allgemeines Widmungsanliegen.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Auf Grundlage der beiden Stellungnahmen erfolgt keine Abänderung gegenüber der Auflage.

18. Beauftragung – Baumeisterarbeiten Strauchwipfelweg

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Baumeister Schmidt GmbH mit den Baumeisterarbeiten gemäß dem Angebot vom 15.03.2022 in Höhe von € 11.988,- brutto. Die Errichtungskosten wurden im Voranschlag 2023 berücksichtigt.

Die Stadtgemeinde plant die Errichtung eines Strauchwipfelweges in der Au direkt an der Forststraße beim Haus In der Au 7.

Seitens des beauftragten Architekten wurde eine Ausschreibung erstellt und 3 Angebote eingeholt aus denen die Baumeister Schmidt GesmbH als Billigstbieter hervorging.

Für das Gesamtprojekt liegt eine Förderzusage in Höhe von 70 % der LEADER-Region Weinviertel Donauraum vor. Der Stichtag wurde mit Schreiben vom 04.11.2022 der NÖ Landesregierung mit 25.10.2022 festgelegt.

Aufgrund der im Naturschutzbescheid vom 13.05.2022 festgelegten Fristen für die Baumaßnahmen (1. August bis 15. Februar) soll die Vergabe der Baumeisterarbeiten vorgezogen erfolgen, um deren Umsetzung bis zum 15.02.2023 zu ermöglichen. Die restlichen Gewerke werden im nächsten Sitzungskreis beauftragt und sollen beginnend mit August 2023 umgesetzt werden.

19. Netz NÖ – Dienstbarkeitsvertrag – Trafostation Leitzersdorf Druckverstärker

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Dienstbarkeitsvertrag V2022/0820 zwischen Netz NÖ (EVN) und der Stadtgemeinde zur Sicherstellung der Stromversorgung des Wasserhochbehälter I in Leitzersdorf.

Die Netz NÖ beabsichtigt auf dem Grundstück Gst. Nr. 808/2, KG 11.118 Leitzersdorf, die bestehende Trafostation umzubauen. Durch eine neue ferngesteuerte Drucksteigerungsanlage mit einer zentralen Schaltebene, wird die Stromversorgung für den Wasserhochbehälter I verbessert, dem Stand der Technik angepasst und weiterhin gewährleistet.

KG Nr.	Katastralgemeinde	GstNr	EZ	GBNr	Grundbuch	Beanspruchung
11118	Leitzersdorf	808/2	280	11118	Leitzersdorf	Trafostation samt zugehöriger Mess-, Steuer-, Fernmelde- und Datenübertragungseinrichtungen mit einer Dienstbarkeitsfläche von 1,5m rund um den Stationskörper und zu- und wegführender Anschlusskabelleitungen

20. Übernahme ins öffentliche Gut der Trennstücke 1, 2, 3; GZ 40700

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) die Übernahme in das öffentliche Gut der im Teilungsplan des DI Stefan Wailzer, GZ 40700 ausgewiesenen Trennstücke 1 (495 m²), 2 (180 m²) und 3 (193 m²).

21. Anhebung Pachtzinse

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Anhebung des Pachtzinses für Kleingärten auf € 3,41/m² jährlich und für einen Garagenplatz auf € 21,62 monatlich ab 01.01.2023.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom November 2020 wurde der Pachtzins bei Neuabschluss eines Pachtvertrages für Kleingärten mit € 3,00/m² jährlich und für einen Garagenplatz mit € 19,00 monatlich festgelegt. Seither ist der Verbraucherpreisindex um 13,8 % gestiegen. Daher sollen die Pachtzinse um diese Steigerung angehoben werden.

22. Änderung Richtlinie der Mietzinsunterstützung

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die seit 01.10.2020 in Kraft getretene Richtlinie über die Mietzinsunterstützung, dahin gehend zu ändern, als

- von der Antragsberechtigung für die Mietzinsunterstützung Personen ausgenommen sind, die Sozialhilfe nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz erhalten.
- bei beiden unter Haushaltseinkommen angeführten Einkunftsarten Mindestsicherung und Sozialhilfe entfallen.

Gemäß der seit 01.10.2020 in Kraft getretenen Richtlinie über die Mietzinsunterstützung sind derzeit auch Personen antragsberechtigt, die Sozialhilfe nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ SAG), LGBl. Nr. 70/2019, idgF, erhalten.

Bekommt eine Person von der Stadtgemeinde Mietzinsunterstützung, ist die Sozialhilfe vom Land NÖ um diesen Betrag zu kürzen. Die betroffene Person erhält in Summe somit nicht mehr an finanzieller Unterstützung. Vielmehr entsteht auf Seiten des Landes und der Gemeinde erhöhter Verwaltungsaufwand ohne Vorteil für die antragsberechtigte Person.

Weiters zählt laut o.a. Richtlinie auch die Mindestsicherung zum Haushaltseinkommen. Mit Inkrafttreten des NÖ SAG am 01.01.2020 ist das NÖ Mindestsicherungsgesetz, LGBl. 9205, außer Kraft getreten. Anstelle der Mindestsicherung wurde damit die Zuerkennung von Sozialhilfe etabliert.

Zu Wort meldeten sich: GR Mag. Kamath-Petters, Bgm. Mag. (FH) Völkl

23. Sportförderungen – Ansuchen um Basisförderungen 2022

Der Gemeinderat beschließt einstimmig im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen und auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI - Sport und Freizeit Basisförderungen für die angeführten Vereine für 2022, wobei die Auszahlung im Jahr 2023 nach Vorlage eines Tätigkeitsberichtes erfolgt.

Die im Rechenmodell angeführten Beträge unter € 200,- werden auf € 200,- aufgerundet.

Verein	Förderung in EUR
1. Billiardsporoklub ESK-Stockerau	200,-
1. Stockerauer Base- und Softballverein	1.469,-
1. Stockerauer Beachvolleyballverein "Die Zwölfender 00"	259,-
1. Stockerauer Heimat- und Armbrustschützenverein	200,-
American Football Club Stockerau "Neuer Verein"	313,-
ASKÖ Schwimmverein Stockerau	5.913,-
ATUS Stockerau Turnverein	200,-
Ballsporoklub Cageball (BSC Cageball)	2.779,-
Basketballclub Blue Devils "Neuer Verein"	1.060,-
Boogie Lions	210,-
Eishockey Stock City Oilers	9.346,-
Fitaktivclub Gitti-City, rhyth. Gymnastik, Sportaerobic	4.991,-
Gymnastic Academy Stockerau	2.631,-
Judoclub Stockerau	4.560,-
Karate- und Kickboxklub Stockerau	872,-
Schachverein Stockerau	1.010,-
Sportunion Stockerau	11.645,-
SV Stockerau – Fußball	14.288,-

Verein	Förderung in EUR
TaeKwonDo Kumgang Stockerau	1.525,-
TTSC Stockerau	1.870,-
UHC Stockerau Handball	15.094,-
UTC Stockerau	5.397,-
UTTC Tischtennis	1.638,-
Basisförderung 2022 gesamt	87.470,-

24. Sportförderungen – Ansuchen um Projektförderungen 2022

Der Gemeinderat beschließt einstimmig im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen gemäß Richtlinie § 7 (max. 50% der Gesamt-Projektkosten und € 2.000,- pro Projekt und Kalenderjahr) und auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI - Sport und Freizeit Projektförderung für die angeführten Vereine. Die Auszahlung erfolgt erst nach Klärung etwaiger offener Forderungen. Im Anlassfall wird die Förderung mit den Außenständen gegengerechnet.

Verein	beantragt	Empfehlung GR-Ausschuss	Beschluss
Blue Devils Basketball Start 2. Klasse Meisterschaftsbetrieb	€ 4.103,27	€ 1.070,-	€ 1.070,-
BSC Bogensport Veranstaltung NÖ Hallenmeisterschaft, Miete Millenniumsh.	€ 360,-	€ 180,-	€ 180,-
Gymnastic Academy Stockerau- Veranstaltung NÖ Meisterschaften in Sportaerobic, Hallenmiete Dreifachhalle	€ 380,-	€ 190,-	€ 190,-
SV Sparkasse Stockerau Jugendcontainer / Jugendförderung	€ 500,-	€ 500,-	€ 500,-
Judo Club Stockerau Jugendturnier und Matten	€ 1.000,-	€ 1.000,-	€ 1.000,-
SUMME	€ 6.343,27	€ 2.940,-	€ 2.940,-

25. Beauftragung Dienstleistungen neues Leitsystem

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Firma ETS Elektrotechnik Claus Salzmann mit Dienstleistungen zur Erneuerung der SPS und des Prozessleitsystems der Kläranlage gemäß Angebot vom 22.11.2022 in Höhe von brutto € 7.425,- und einem Stundenaufwand von maximal 55 Stunden. Die Vergütung erfolgt nach tatsächlichem Aufwand. Die Auftragssumme wurde im Budget 2023 berücksichtigt.

Seitens der Stadtgemeinde wurde für die Planungsleistung für die Erneuerung der SPS und des Prozessleitsystems der Kläranlage folgende Punkte angefragt:

- Festlegung der Rahmenbedingungen des Projektes, Auswahl des Vergabeverfahrens
- Erstellung einer Ausschreibung und eines Datenträgers nach ÖNORM A2061
- Veröffentlichung der Unterlagen auf ANKÖ Angebotsprüfung und Vergabevorschlag
- Begleitung bei der Auftragsabwicklung

Auf Grund der Synergien und dem Zusammenspiel mit den Außenanlagen und der Tatsache, dass dort die Firma ETS Claus Salzmann als günstigste Angebot gelegt hat, wurde nur ein Angebot eingeholt.

26. Resolution 15 Minuten Takt

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, sich für eine Verdichtung des Schnellbahntaktes von Wien nach Stockerau und Stockerau nach Wien auszusprechen und zusammen mit den Gemeinden Leobendorf und Spillern die handelnden Personen zu ersuchen, diese dringend notwendigen Maßnahmen rasch umzusetzen

Im Rahmen eines Erweiterungsantrages spricht sich der Gemeinderat für eine bedarfsorientierte Verbesserung der Reisemöglichkeiten aus dem Bezirk Korneuburg über Absdorf nach Krems und für die Verstärkung der Verbindung nach St. Pölten, Hollabrunn und Horn aus.

Zu Wort meldeten sich: STR DI Pfeiler, GR Franta, Vizebgm. Mag. Falb, STR Pohl

27. Dienstpostenplan 2023

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) den Dienstpostenplan für das Jahr 2023 gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung 1973, in Verbindung mit § 2 NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, und unter Bedachtnahme auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung.

Gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung 1973, in Verbindung mit § 2 NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, hat der Gemeinderat jährlich die Zahl der Dienstposten, die zur Besorgung der Geschäfte der Gemeinde notwendig sind, festzusetzen. Auch § 5 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung sieht als Grundlage für die Veranschlagung der Ausgaben für die Dienstbezüge den Dienstpostenplan vor.

Der Dienstposten für den leitenden Gemeindebediensteten, die Dienstposten für die Leiter von Abteilungen und wirtschaftlichen Unternehmungen und jene Dienstposten, die mit einem Leiterdienstposten vergleichbar sein sollen, sowie die Dienstposten mit hervorgehobener Verwendung sind im Dienstpostenplan gesondert zu bezeichnen.

Zusätzlich zum Dienstpostenplan 2023 sollen bis zu 60 nichtständige Bedienstete und bis zu 15 Lehrlinge aufgenommen werden können. Bemerkt wird, dass 23 Personen Ruhe- bzw. Versorgungsgenüsse erhalten.

Gemäß § 25 Abs. 2 NÖ Gemeindepersonalvertretungsgesetz wurde mit der Personalvertretung bezüglich des Dienstpostenplanes 2023 das Einvernehmen angestrebt.

Zu Wort meldeten sich: GR Mag. Kamath-Petters

28. Funktionsdienstpostenverordnung – Anpassung

Der Gemeinderat beschließt mit fünf Gegenstimmen (GRÜNE) die Funktionspostenverordnung mit folgenden Änderungen:

1. Anpassung des Dienstpostens StadtamtsdirektorIn (statt Beamten-DP -> VB-DP)
2. Streichung des Dienstpostens FuhrparkleiterIn im Wirtschaftshof
3. Streichung des Dienstpostens Verwaltungsfachkraft im Erholungszentrum
4. Streichung des Dienstpostens PartieführerIn bei der Müllbeseitigung

Die Funktionsdienstposten des allgemeinen Schemas der Stadtgemeinde Stockerau werden folgenden Funktionsgruppen zugeordnet:

	Dienstposten	Funktionsgruppe
1.	StadtamtsdirektorIn	11
2.	BereichsleiterIn Hauptverwaltung	10
3.	BereichsleiterIn Finanzen, Budget und Beteiligungen	10
4.	BereichsleiterIn Bauen und Infrastruktur	10
5.	BereichsleiterIn Marketing Sport und Kultur	10
6.	LeiterIn Marketing und Kultur	9
7.	LeiterIn des Bürgerservice und interne Rechtsangelegenheiten	9
8.	LeiterIn des Personalamtes	X
9.	LeiterIn - StellvertreterIn des Personalamtes	7
10.	LeiterIn der EDV-Abteilung	8
11.	LeiterIn - StellvertreterIn der EDV-Abteilung	7
12.	LeiterIn des Standesamtes	7
13.	LeiterIn - StellvertreterIn des Bauamtes	8
14.	KanzleileiterIn im Bauamt	6
15.	PersonalvertreterIn	7
16.	SchulwartIn	6
17.	VerwalterIn des Sportzentrums	7
18.	VerwalterIn des Erholungszentrums	7
19.	Heim- und Pflegedienstleitung im Pflegeheim	9
20.	LeiterIn der Liegenschaftsverwaltung	VIII
21.	LeiterIn des Wirtschaftshofes	9
22.	LeiterIn - StellvertreterIn des Wirtschaftshofes	7
23.	LeiterIn des Elektronunternehmens	7
24.	Gärtner-VorarbeiterIn	6
25.	PartieführerIn des Wirtschaftshofes	6
26.	LeiterIn der Kläranlage	7
27.	LeiterIn des Wasserwerkes	7
28.	PartieführerIn der Mülldeponie	6
29.	FriedhofsverwalterIn	7
30.	FriedhofsverwalterIn - StellvertreterIn	5
31.	LeiterIn der Gärtnerei	7
32.	FörsterIn	8
33.	GeschäftsführerIn des Veranstaltungszentrum Z2000	7
34.	LeiterIn der Finanzverwaltung	X
35.	LeiterIn - StellvertreterIn der Finanzverwaltung	8
36.	KanzleileiterIn im Abgabenamt	7

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bis dahin geltende Verordnung vom 17. Mai 2022 außer Kraft.

29. Teuerungsprämie – Pflegeheim

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine einmalige Teuerungsprämie für die in der beiliegenden Aufstellung angeführten Vertragsbediensteten des Pflegeheimes.

Am 08.11.2022 hat die NÖ Landesregierung – in Ergänzung zur Erhöhung des Entgelts in der Pflege (Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz – EEZG) – die Auszahlung einer

Teuerungs-prämie im Sinne des § 124b Z 408 Einkommenssteuergesetz für Mitarbeiter*innen in der Pflege beschlossen. Diese Teuerungsprämie für 2022 dient der gesonderten Abmilderung der aktuellen inflationsbedingten Belastungen und soll mit dem Dezembergehalt 2022 an alle zum Stichtag 01.11.2022 in einem aufrechten Dienstverhältnis stehenden Mitarbeiter*innen ausbezahlt werden. Die Prämie in der Höhe von € 500,- pro Vollzeitäquivalent ist für Teilzeitkräfte entsprechend zu aliquotieren. Anspruchsberechtigt sind auch Mitarbeiter*innen, die zum Stichtag im Personalstand des Rechtsträgers sind, auch wenn sie nicht aktiv tätig sind (z.B. Mutterschutz, sonstige Karenzierungen etc.)

Zur Sicherstellung der Auszahlung durch den jeweiligen Dienstgeber hat das Land NÖ bereits eine Einmalzahlung an die Rechtsträger geleistet. Die Stadtgemeinde hat dafür € 19.550,- am 16.11.2022 erhalten. Ist der tatsächlich anfallende Aufwand höher, erfolgt eine weitere Auszahlung. Ist er niedriger, erfolgt eine Rückforderung.

30. Einmalzahlung – Pflegeheim

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine Einmalzahlung für die im Amtsbericht angeführten Vertragsbediensteten des Pflegeheimes Stockerau in der angegebenen Höhe. Die Auszahlung hat bis spätestens 31.12.2022 zu erfolgen.

Am 07.07.2022 beschloss der Nationalrat das Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz (EEZG) mit dem Ziel eine bessere Bezahlung in der Pflege zu gewährleisten und Zusatzleistungen durch Kompetenzverschiebungen von Pflege- und Betreuungspersonal abzudecken.

Mit Beschluss der NÖ Landesregierung vom 08.11.2022 wurde dafür eine Einmalzahlung für 2022 in Höhe von € 2.000,- pro Vollzeitäquivalent (inkl. Dienstgeber und Dienstnehmerabgaben) für den umfassten Personenkreis beschlossen.

In Übereinstimmung mit der gewählten Auszahlungsform bei den Landeseinrichtungen und dem städtischen Pflegeheim St. Pölten soll unter Berücksichtigung der Dienstgeberbeiträge diese Einmalzahlung in Höhe von brutto € 1.600,- pro Vollzeitäquivalent festgelegt werden.

Diese Einmalzahlung für das Jahr 2022 soll mit dem Dezembergehalt 2022 an alle zum Stichtag 01.11.2022 bei den Einrichtungen bzw. Rechtsträgern in einem aufrechten Dienstverhältnis stehenden Mitarbeiter*innen, auch wenn sie nicht aktiv tätig sind (z.B. Mutterschutz, sonstige Karenzierungen etc.), ausbezahlt werden. Für Teilzeit-Mitarbeiter*innen ist die Einmalzahlung entsprechend zu aliquotieren.

Zur Sicherstellung der Auszahlung durch den jeweiligen Dienstgeber hat das Land NÖ bereits eine Einmalzahlung an die Rechtsträger geleistet. Die Stadtgemeinde hat dafür € 78.200,- am 14.11.2022 erhalten. Ist der tatsächlich anfallende Aufwand höher, erfolgt eine weitere Auszahlung. Ist er niedriger, erfolgt eine Rückforderung.

31. Leistungsbezogene E-Zulage – Pflegeheim

Der Gemeinderat beschließt einstimmig eine zusätzliche leistungsabhängige Erschwerniszulage für das Pflegepersonal des Pflegeheimes für die tatsächlich geleisteten Dienststunden für das Jahr 2023.

Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen 0,077 % und Pflegeassistent*innen 0,019 % des Gehaltsansatzes der Entlohnungsstufe 9, Entlohnungsgruppe 6 des allgemeinen Schemas im NÖ GVBG 1976. Der sich daraus ergebende Stundensatz ist kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen zu runden. Anhand der Dienstlisten ist für die tatsächlich geleisteten Dienststunden der monatliche Anweisungsbetrag pro Mitarbeiter*in zu ermitteln und im nächstfolgenden Monat gemeinsam mit den weiteren leistungsabhängigen Zulagen etc. auszuführen.

32. Erhöhung Zulage Müllsammelplatz

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mit Wirksamkeit ab 01.01.2023 die Anhebung der mit Gemeinderatsbeschluss vom 15.03.1999 festgelegten Zulage für die Beaufsichtigung der Containerplätze mit 10 v.H. des Gehaltes der Verwendungsgruppe VI, Gehaltsstufe.

Ende des öffentlichen Teils: 22:30 Uhr

Der nicht-öffentliche Teil wird gesondert abgelegt.

Der Schriftführer

Die Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin